

Antragsbereich F: Feminismus und Gleichstellung

Antrag F3_16/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Frankfurt am Main

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **F3_16/1 Sexismus bekämpfen - Polizei** 6 **sensibilisieren**

7

8 Für viele Menschen sind Sexismus und sexualisierte Übergriffe leider immer noch Teil ihres
9 Alltags. Viele der Übergriffe werden dennoch nicht zur Anzeige gebracht. Dass von Sexismus &
10 sexualisierter Gewalt Betroffene keine Anzeige über den Vorfall erstatten, hat unterschiedliche
11 Gründe. Einer ist der unzureichende Rechtsschutz der sexuellen Selbstbestimmung, der auch
12 nach der anstehenden Reform des Sexualstrafrechts nicht dem Kredo „Nein heißt Nein“
13 entsprechen wird. Die emotionale Belastung und die drohende Abwärtsspirale in Folge des
14 falschen Umgangs mit Betroffenen, den emotionalen Druck und der ständig erzeugten
15 Rechtfertigungslage kombiniert mit den verschwindend geringen Aussichten auf eine Verurteilung
16 des Täters führen nicht nur dazu, dass juristische Verfahren wenig lohnend erscheinen, sondern
17 sind häufig sogar gefährlich für den langsamen und sensiblen Prozess der persönlichen
18 Stabilisierung. Der unsensibilisierte Umgang mit Betroffenen beginnt bereits auf dem
19 Polizeirevier. Um Betroffene bei Anzeigen zu unterstützen, müssen in größeren Polizeipräsidien
20 entsprechend geschulte und sensibilisierte Ansprechpartner*innen bereitgestellt werden. Die
21 Beamt*innen sollen zusätzlich für den Umgang mit LGBT*IQ-Menschen (Lesben, Gays, Bisexuelle,
22 Transgender, Intersexuelle und Queers) und Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden.
23 Beamt*innen, die in diesen Bereichen bereits Erfahrungen haben, sollen bei der Einstellung
24 besonders berücksichtigt werden.

25 **Analyse:**

26 Durch die Vorfälle der Silvesternacht in Köln, wurden viele daran erinnert, was eigentlich schon
27 immer klar war, aber von vielen ignoriert oder als unwahr abgetan wurde: Sexismus und
28 sexualisierte Übergriffe sind nach wie vor fester Bestandteil und treten nach wie vor in
29 besonderem Maße bei Großveranstaltungen, wie Silvester, Fastnacht oder Oktoberfest, aber auch
30 kleineren lokalen Veranstaltungen in Erscheinung. Doch zu glauben, die Geschehnisse der letzten
31 Zeit seien „bedauerliche Einzelfälle“ ist genauso falsch, wie der Gedanke Geflüchtete seien für
32 diese Übergriffe der Ursprung oder ähnliches. Vielmehr ist Sexismus ein gesamtgesellschaftliches
33 Problem, das in allen sozialen, kulturellen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.
34 Dies äußert sich beispielweise in gehäuften Vorfällen bei Veranstaltungen, in denen auch die
35 Masse an Menschen für Täter Schutz bietet, als auch in der zunehmenden Existenz von
36 sogenannten „Pick-up-Artist“, die insbesondere Frauen* objektivieren und teilweise sogar für die
37 Legalisierung von Vergewaltigungen eintreten. Vor allem äußert sich der Sexismus für viele
38 Menschen aber am Arbeitsplatz, an der Hochschule, im Einkaufszentrum, in sexistischer Werbung
39 und im gesamten Alltag.

40
41 Alltagssexismus drückt sich nicht nur symbolisch und in der Sprache, sondern ganz konkret in
42 bspw. dem Gender-Pay-Gap und vor allem auch in sexualisierten Übergriffen aus. Aus

43 verschiedenen Studien geht hervor, dass mehr als jede zweite Frau schon einmal Ziel von
44 sexueller Belästigung, sexueller Nötigung, einer Vergewaltigung oder anderer sexualisierter
45 Gewalt war. Dennoch werden lediglich ca. fünf Prozent dieser Übergriffe zur Anzeige gebracht.
46 Auch nach den Vorfällen in der vergangenen Silvesternacht gingen zu erst wenige Anzeigen bei
47 der Polizei ein, bis viele durch die Berichterstattung Ermutigte ebenfalls Anzeige erstatteten. Die
48 Gründe für ein Nicht-Anzeigen sind oftmals die gleichen. Die von den Übergriffen Betroffenen
49 haben Angst vor Stigmatisierung, fühlen sich Ohnmächtig und müssen befürchten, dass das
50 eigene Umfeld ihnen eine Mitschuld unterstellt. Die Tatsache, dass die Täter zumeist Bekannte
51 aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen sind, steigert die Hemmung vor einer Anzeige
52 zusätzlich.

53 Sexualisierte Übergriffe sind in erster Linie Ausdruck von Macht. Die geringe Anzahl an Anzeigen
54 führt dazu, dass viele Taten ohne Konsequenzen bleiben, Täter sich in ihrer Machtposition
55 bestätigt fühlen und oft zu Wiederholungstätern werden. Um diesem Zustand entgegenzuwirken,
56 ist es notwendig, die Betroffenen bei der Erstattung von Anzeigen zu unterstützen. Eine
57 Möglichkeit der Unterstützung ist die Schaffung von Strukturen, die den Betroffenen die
58 Kommunikation mit der Polizei erleichtert und fördert. Der erste Schritt in diese Richtung ist die
59 Einrichtung der „Opferschutzbeauftragten“ und der „Ansprechpartner für Menschen in
60 gleichgeschlechtlicher Lebensweise“ wie es beispielsweise am Polizeipräsidium Frankfurt der Fall
61 ist. Zwar ist die Einrichtung besonderer Ansprechpartner*innen grundsätzlich zu begrüßen, doch
62 fehlt den „Ansprechpartnern für Menschen in gleichgeschlechtlicher Lebensweise“ nach eigener
63 Aussage eine besondere Ausbildung oder Schulung. Für den Umgang mit Betroffenen ist eine
64 Schulung und Sensibilisierung jedoch unbedingt notwendig. Hinzu kommt, dass der von der
65 schwarz-grünen Landesregierung ausgewählte Name für die Ansprechpartner*innen völlig fehl
66 geht. Der Name verkennt beispielsweise, dass Trans*personen noch viel öfter Ziel von
67 Übergriffen sind. Gerade auf Grund der Betroffenheit der Minderheit der Transsexuellen, steigt
68 das Erfordernis von Schulungen und Sensibilisierungen in diesen Bereichen.

69
70 Eine weitere Gruppe, die bei diesem Thema bisher größtenteils unberücksichtigt geblieben ist,
71 ist die Gruppe der Menschen mit Behinderung. Menschen mit bestimmten Einschränkungen sind
72 oftmals den Tätern wehrlos ausgeliefert. In letzter Zeit sind vermehrt Vorfälle bekannt
73 geworden, bei denen Pfleger oder Vorgesetzte in Behinderten-Werkstätten und Pflegeheimen von
74 Helfern zu Tätern geworden sind. Auch hier ist die Dunkelziffer an Übergriffen wahrscheinlich
75 weitaus höher als die Anzahl der tatsächlichen Anzeigen. Selbst wenn die Betroffenen Anzeige
76 erstatten möchten, werden sie oft daran gehindert, da ihnen nicht geglaubt wird oder sie dabei
77 auf Hilfe angewiesen sind. Es ist also notwendig die Ansprechpartner*innen der Polizei auch in
78 dieser Hinsicht zu schulen und zu sensibilisieren.
79